

Verkehrspolitik

Verbände fordern Beker zum Neubau von Straßen



Kein Thema ist in der grün-roten Koalition so umstritten wie die Verkehrspolitik. Dies wird auch beim Straßenbau deutlich. Während die Sozialdemokraten durchgesetzt haben, dass es mehr Geld für den Straßenerhalt gibt, birgt die Frage des Neubaus noch jede Menge Zündstoff.

Von Michael Schwarz

STUTT GART. „Ich weiß nicht, warum sich alle Welt darüber aufregt.“ Mit diesen Worten kommentierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag in Stuttgart die anhaltende Kritik an seiner Verkehrspolitik. Von ihrem Mobilitätskonzept, das stärker auf die Bahn und weniger auf das Auto setzt, würden die Grünen sich nicht abbringen lassen.

Diese Haltung stößt nicht nur in Berlin sauer auf (siehe Kasten). Auch in Baden-Württemberg mehrern sich die Stimmen, die ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Straßenbau fordern. Daneben ist jedoch auch Lob zu vernehmen – für die Ankündigung, ab dem kommenden Jahr mehr Geld in den Straßenerhalt zu stecken.

„Gutes Straßennetz ist ein entscheidender Standortfaktor“

Nach Ansicht von Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer des Verbands Bauwirtschaft Nordbaden, ist ein gutes Straßennetz „ein entscheidender Standortfaktor im Wettbewerb“. In dieser Hinsicht hinkt Baden-Württemberg schon seit Jahren hinterher – bei Bundesfernstraßen ebenso wie bei Landesstraßen. So betrug die Differenz zwischen Ist und Soll bei den vom Bund finanzierten Bundesstraßen und Autobahnen seit 2001 455 Millionen Euro. Von 2001 bis 2008 flossen lediglich 8,7 Prozent der Bun-



In Zeiten von Schwarz-Gelb war Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (Zweiter von links) noch gerne im Südwesten. Jetzt droht er mit Mittelkürzungen für den Straßenbau. (10/09/09)

Kretschmann: „Ich habe nie von autofreier Zone gesprochen“

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat Baden-Württemberg mit einer Kürzung beim Fernstraßenbau gedroht. „Wenn ein Land mir gegenüber erklären würde, es will zu einer praktisch autofreien Zone werden, würde ich das als Verzicht interpretieren und mich anderen Regionen Deutschlands zuwenden“, sagte er in einem Interview.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) widersprach. Er habe nie von einer „autofreien Zone“ gesprochen. Die Äußerungen seien „haltlos und polemisch“. Nils Schmid (SPD) rief Ramsauer dazu auf, Entscheidungen nach fachlichen Kriterien zu treffen und nicht vom Wahlergebnis in Baden-Württemberg abhängig zu machen.

desmittel nach Baden-Württemberg. Zum Vergleich: 15,6 Prozent gingen nach Bayern.

Die Landesregierung will sich für eine Veränderung des Verteilungsschlüssels einsetzen, damit „Baden-Württemberg künftig Zuweisungen in einem bedarfsgerechten Umfang erhält“. Dabei dürfte dies der neuen Regierung schwerere fallen als der alten, als noch dieselben

Parteien in Bund und Land regierten, wie die CDU-Landtagsabgeordnete Nicole Razavi anmerkt.

Auch Bau und Erhalt der Landesstraßen waren bis vor Kurzem chronisch unterfinanziert. Möller begrüßt deshalb die Absicht der neuen Landesregierung, mehr Geld in den Erhalt der Landesstraßen zu stecken. Angesichts des enormen Nachholbedarfs beim Straßener-

haltung – laut einer Studie aus dem Jahr 2009 sind 43,5 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten Zustand – trifft dieses Ziel auf breite Zustimmung bei den Verbänden.

Allerdings mahnt Bernd Klee vom Landkreistag, dass daneben neue Straßen gebaut werden müssten. „Wir haben da noch Gesprächsbedarf“, ergänzt Johannes Stingl vom Gemeindetag. Die Ankündigung der neuen Landesregierung, sich beim Neubau von Landesstraßen „auf dringliche und ökologisch vertretbare Maßnahmen mit hoher Entlastungsfunktion für die Bevölkerung zu konzentrieren“, gefällt ihm nicht. Die Vorstellung, dass in Zukunft jeder seine S-Bahn bekomme, sei illusorisch.

Zustimmung zur Verkehrspolitik der neuen Landesregierung kommt dagegen vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Umweltreferent Klaus-Peter Gußfeld begrüßt, dass Erhalt vor Neu-

bau geht. Dies entspreche einer alten Forderung seines Verbands. Allerdings misstraut er den Sozialdemokraten. Sie könnten sich über ökologische Bedenken hinwegsetzen und mehr Straßen bauen, als nötig seien.

Hohes Konfliktpotenzial für die grün-rote Regierungskoalition

Gußfeld ist nicht der Einzige, der davon ausgeht, dass die Verkehrspolitik ein „hohes Konfliktpotenzial“ für die Koalition birgt. Razavi verweist auf ein Beispiel aus ihrem Wahlkreis, wo der SPD-Abgeordnete für eine Ortsumgehung ist und der Grünen-Abgeordnete dagegen. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller formuliert es süssig. Er rät den Grünen „schon einmal Taschentücher zu kaufen“, wenn durch eine neue Straße „zwei Magerwiesen“ verloren gehen.

Kommentar auf Seite 2.